

»Doing Business« in Singapur

Die Jahrestagung von IWF und Weltbank 2006

Daniela Setton

Die Teilnahme an der diesjährigen Tagung von IWF und Weltbank in Singapur war ein Erlebnis der besonderen Art. Selten werden zivilgesellschaftlichen BeobachterInnen die Gegensätze zwischen Rhetorik und Realität in der internationalen Politik auf so groteske Art und Weise vor Augen geführt. »Gute Regierungsführung« rangierte ganz oben auf der offiziellen Agenda, während die Arbeit von NGOs und sozialen Bewegungen – die die Tagung kritisch und mit Protesten begleiten wollten – durch das gastgebende Land massiv behindert wurde.

Kurz vor Beginn der Jahrestagung sickerten scheinbarweise Informationen über eine geheime »Blacklist« der gastgebenden Regierung an die Öffentlichkeit. Darauf wurden knapp 30 angesehene NGO-VertreterInnen aufgelistet, die als »Gefahr für Recht und Ordnung« deklariert wurden und ein Einreiseverbot nach Singapur erhielten. Zudem waren alle aufgeführten NGO-VertreterInnen zuvor von IWF und Weltbank als offizielle TeilnehmerInnen der Jahrestagung akkreditiert worden. Andere NGO-AktivistInnen – ob akkreditiert oder nicht – wurden stunden- bis tagelang am Flughafen von Singapur festgehalten und mussten unsinnigste Fragen beantworten. Einige wurden sogar wieder zurück geschickt.

Solche Praktiken sind in einem Polizeistaat, in dem grundlegende politische Menschenrechte mit Füßen getreten werden und Demonst-

rationen gänzlich verboten sind, nicht wirklich verwunderlich. Doch für IWF und Weltbank, die sich den »Dialog mit der Zivilgesellschaft« hoch auf die Fahnen schreiben, war das Verhalten der Regierung von Singapur eine Blamage sonderbar gleichen. Am Vorabend der Tagung konnten sie nach einigem Hin und Her ein Einlenken der Regierung von Singapur erwirken – viel zu spät jedoch, um die Anwesenheit der NGO-Vertreter auf der »Blacklist« zu ermöglichen.

Auch für diejenigen, die unbehelligt ins Land gelassen wurden, galten strikte Verhaltensregeln. »Demonstrationen« oder das »Tragen von Transparenten« war nur auf einer Volleyballfeld-großen Fläche in einer der Eingangshallen des Kongresscenters, in dem die Jahrestagung streng abgeriegelt vom Rest der Stadt stattfand, erlaubt. Wer seine Botschaften loswerden wollte, musste dies jedoch fünf Tage vorher bei den Sicherheitskräften anmelden.

Alles, was sich nicht in den »geordneten« Bahnen der offiziellen Jahrestagung abspielte, wurde verboten oder massiv eingeschränkt. So konnte eine unabhängig vom offiziellen Veranstaltungsprogramm in Singapur geplante NGO-Tagung zur IWF-Reform, an der angesehene internationale Gäste teilnehmen sollten, nur als »Rumpfformat« und nach zähen Verhandlungen mit den Polizeibehörden in einem Hotel in Singapur stattfinden. Die Regierung von Singapur versuchte sogar, das unabhängige »International Peoples Forum versus World Bank and IMF«, für das asiatische NGOs und soziale Bewegungen mobilisiert hatten, zu verhindern – obwohl es gar nicht in Singapur, sondern auf einer nahe

gelegenen indonesischen Insel stattfand.

Aus Protest gegen das willkürliche Einreiseverbot und die Repressalien wurden die offiziellen NGO-Dialogveranstaltungen in Singapur von der überwiegenden Mehrzahl der anwesenden NGO-VertreterInnen boykottiert. Von IWF und Weltbank und den Hauptanteileignern wurden klare Konsequenzen gefordert.

Dass Singapur ein Polizeistaat ist, in dem Menschenrechte mit Füßen getreten werden, ist bekannt. Mit der Entscheidung, die Jahrestagung in Singapur stattfinden zu lassen, wurde billigend in Kauf genommen, dass die Versammlungs- und Meinungsfreiheit von NGO-VertreterInnen massiv eingeschränkt wird. Es ist insofern den Verantwortlichen in IWF und Weltbank und vor allem aber auch den mächtigsten Shareholdern wie Deutschland – trotz aller Empörungsgesten in der Öffentlichkeit – anzulasten, dass es zu solch einem Desaster kam.

Was in Singapur passierte, entlarvt die eigentlichen politischen Prioritäten von Weltbank und IWF: »Gute Regierungsführung« meint vor allem »good Business«. Die Weltbank kürte Singapur just vor Beginn der Tagung zum »unternehmensfreundlichsten Standort« weltweit. Die Aufregung um das Einreiseverbot war also schnell verklungen und das »Erfolgsmodeill Singapur« war in aller Munde. »Doing business« à la Weltbank und IWF braucht eben vor allem Freiheitsrechte für Unternehmen, nicht für Menschen.

Die Autorin ist Mitarbeiterin bei WEED.